

OMAHA TRIBUNE
PUBLISHING CO.
VAL J. PETER, Pres.
311 Howard Str. Omaha, Neb.

Preis des Tagblattes:
Durch Träger, per Woche... \$1.00
Durch die Post, per Jahr... \$4.00

Preis des Wochenblattes:
Bei strikter Vorauszahlung, per Jahr... \$1.50
Wochenblatt erscheint Donnerstags.

New York Office, The German Newspaper Alliance, 46 West 34th St.
Omaha, Nebraska, 6. Juni 1913.

Städtebau-Gesetzgebung in Illinois.
Eine der Gesetzgebungen in Springfield, Illinois, vorliegende Bill „Zum Schutz von Wohnbezirken“ sucht durch entsprechende Abänderung des sogenannten „Stadt und Dorf“-Gesetzes — sozusagen zu retten, was noch zu retten ist von dem „schädlichen Rest eines einst fürstlichen Vermögens“, oder die Statistik zugunsten, in der Hoffnung, noch den Schwanz des flüchtigen Kalbes einzufangen zu können.

Die Bill deckt das dem Stadtrat zur Zeit schon zustehende Recht, zu sagen, wo innerhalb der Stadtgrenzen gewisse industrielle Anlagen, wie Bierbrauereien und Brennereien, Vieh- und Verkaufshäute, Eisengießereien, Maschinenfabriken, Wäschereien usw. angelegt und betrieben werden dürfen, auf alle Fabriken und Fabrikanlagen, in denen Maschinen benutzt werden, oder die unangenehme oder schädliche Gase, Dünste, Gerüche oder Lärm verursachen, auf Eis- und Lagerhäuser usw. aus und gibt ihm das Recht, besondere Wohnbezirke zu schaffen, innerhalb deren Grenzen die Errichtung von Gebäuden, die anderen als Wohnzwecken dienen, zu verbieten; den „allgemeinen Charakter der Wohngebäude“ vorzuschreiben, die in solchen Bezirken sollen errichtet werden dürfen und jeglichen oder irgend welchen Geschäftsbetrieb in solchen Bezirken zu verbieten, außer „alle oder ein bestimmter größerer Bruchteil der Grundbesitzer in demselben (nach Maßgabe der Straßen-Frontage des Besitzes) geben dazu ihre Zustimmung“. Damit würden, wenn die Bill Gesetz werden und das Gesetz die obergerichtliche Prüfung auf seine Verfassungsmäßigkeit bestehen sollte, die Wohnbezirke nicht nur vor dem Eindringen von Geschäften und Fabriken geschützt, sondern es würde dann wohl auch möglich sein, das Eindringen der als „Apartmenthäuser“ bekannten, mehr oder weniger „feinen“ großen Mietkasernen in die sogenannten „Residenz-Bezirke“ mit ihren Ein-Familienhäusern zu verhindern. Das ist ja wohl, was man im Auge hatte, als der Bill die Bestimmung eingefügt wurde, daß der Stadtrat das Recht haben soll, den allgemeinen Charakter der Wohngebäude zu bestimmen, die in den zu schaffenden Wohnbezirken errichtet werden sollen; jedenfalls ließe sich diese Klausel gegen die Apartmenthäuser anwenden, wo es angebracht scheinen mag, sie fernzuhalten. Es würde dann einem unternehmungslustigen und geldgierigen Bauunternehmer nicht mehr möglich sein, durch die Errichtung eines großen Kasernenkomplexes an der Ecke unter möglichst voller Bebauung des Grundstücks des Eigentümers der schönen Wohnhäuser die Freude an ihrem Besitz zu verderben und damit den ganzen übrigen Grundbesitz an der Straße zu entwerten. Der Charakter der Wohnbezirke könnte gemacht werden und die Leute, die nicht gern mit anderen zusammen in furchterlicher Enge, sondern lieber in einiger Abgeschlossenheit wohnen und in der Lage sind, sich ein schönes Heim anzuschaffen, würden nicht mehr gezwungen werden, sich in die Vororte zu flüchten, um nach Wunsch und Geschmack leben zu können. Der Stadtrat würde viele gute zahlungsfähige und zahlungswillige Bürger als Steuerzahler erhalten bleiben. Das Stadtbild würde mit der Zeit nicht mehr so ganz allgemein, wie jetzt, ein Bild des Durcheinanders und der fortwährenden Veränderung sein, und man könnte sich freuen, daß der Barbare endlich ein Ende gemacht werden soll, wenn man sich nur zu dem Glauben bringen könnte, daß die Einsicht, der gute Wille und die Mühe, die es kosten wird, die Bill durchzubringen, nicht umsonst sein werden; daß ein hochweises Obergericht einmal seine Gelasttheit und seinen Buchstabenverstand „vergisst“ und den gesunden Menschenverstand zu seinem Recht kommen läßt. Nach den Erfahrungen, die wir in der Hinsicht machen mußten, ist die Aussicht darauf sehr schwach, aber hoffen dürfen wir doch!

Das Verhalten, welches die japanische Regierung dem Friedensplan unteres Staatssekretärs Bryan gegenüber an den Tag legt, ist für die Bedeutung und das Schicksal dieses schönen Planes sehr bedeutsam, oder vielmehr. „Im Prinzip“, sagt die japanische Regierung, „im allgemeinen, ist der Plan all richtig. Aber kommt uns nur nicht mit feiner Ausführung in Bezug auf gewisse Fragen, die uns ganz besonders am Herzen liegen!“ — So wird man wohl auch anderswo, im allgemeinen, über den Friedensplan unteres „Auswärtigen“ denken, der sich viel zu eifrig mit inneren Angelegenheiten, sogar seiner selbst befähigt, als daß er für ausländische ein richtiges Verständnis haben könnte.

Der derzeitige Leiter des Acker-Departements scheint ein recht verlässiger Mann zu sein. Er hat eine Umfrage veranstaltet lassen über die Verhältnisse von Schlachtvieh auf den amerikanischen Farmen. Das Ergebnis ist nicht ermutigend. Seit dem 1. Januar 1907 ist der Bestand an Rindvieh von rund einundzwanzig Millionen Stück auf rund sechshunddreißig Millionen zurückgegangen, und in den ersten drei Monaten dieses Jahres ist die gesamte Schlachtung gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um dreizehn Prozent zurückgegangen. Nahezu ist das amerikanische Volk mit der Legende unterhalten worden, die hohen Fleischpreise würden von dem sogenannten Fleischtrust und den Hüllen gemacht; der veröffentlichte Bericht des Ackerdepartements aber weist nach, daß die hohen Preise lediglich eine Folge des immer größer werdenden Mangelverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage sind. An die Feststellung dieser Tatsachen knüpft der Ackersekreter die dringende Mahnung, auf Erhaltung und Vermehrung des einheimischen Viehbestandes bedacht zu sein, weil darin das wirksamste Mittel liegt, einer weiteren Erhöhung der Fleischpreise vorzubeugen. Das ist der Standpunkt, den wir an dieser Stelle immer vertreten haben. Mit der Aufhebung der Fleisch- und Viehzölle wird man bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes billiges Fleisch nicht schaffen, denn Vieh ist ein billiges Fleisch ist nirgendwo vorhanden. Wenn freihandel billiges Fleisch bedeutete, müßte England es wissen. Dort giebt es keine Fleischzölle, aber das Fleisch ist dort ebenso teuer wie in anderen Ländern.

Theorien gegen Machtmittel.
Im republikanischen National-Komitee soll die Initiative erörtert worden sein, mit der die Tariffrage zur Hauptfrage in der nächsten Kongress-Kampagne gemacht werden könne. Und ein Mitglied von Missouri, Herr Kriegerhaus, erörtert, den Berichten zufolge, schon eifrig die Notwendigkeit, das Verfahren von 1893 zu wiederholen, und Anschauungs-Unterricht durch Lohnherabsetzungen zu erteilen.

Es ist das Programm, gegen das der Präsident und der Handelssekretär mit Untersuchungen und den Nachweisen ankämpfen wollen, daß solche Lohnherabsetzungen unnötig seien, und nur des politischen Effektes wegen vorgenommen würden. Es wird uns gesagt, wenn dieser Kampf kommen muß, sei der Präsident bereit für ihn und werde ihn führen in der Ueberzeugung, mit seinen Nachweisen die Pläne der Gegner zu vereiteln. Soviel wir wissen, giebt es kein Gesetz, das Lohnherabsetzungen strafbar macht. Kein Gesetz auch, das willkürliche Schließung von Fabriken verbietet. Kein Gesetz, das der Regierung es ermöglicht, allen denen, die außer Arbeit kommen, oder denen Lohnherabsetzungen angefügt werden, lohnende Arbeit zu geben.

Und so würden, wenn der von Herrn Kriegerhaus angeführte Plan von vielen der großen Industriellen ausgeführt würde, der fühlbare Not der Arbeiterschaft die Aufklärungsarbeit durch die Administration, und der Nachweis gegenübersehen, daß diese Not willkürlich und unnötig herbeigeführt sei.

Das überzeugt zweifellos bei Erörterung des Problems im Hörsaal. Aber es ist eine ganz andere Sache, wenn Hungernden von einer Seite, die die Löhne nicht festsetzen kann, gesagt wird: „Hungert nur noch ein Jahr, dann müssen eure Arbeitgeber nachgeben“, und von der Seite, die die Macht über die Lohnbestimmung hat: „Die neuen Zollgesetze sind schuld. Wählet anders und mit Wonne zahlen wir euch hohe Löhne.“

Die Fabrikanten verwenden das „Lockout“ nach demselben Grundfatz, wie die Unions den Streik. Beides kostet momentane Opfer, die gebracht werden, um um erwarteten dauernden Vorteiles willen.

Es ist eine Machfrage, in der die Regierung nur Aufklärung und Nachweise als Kampfmittel hat.

Wenn sie folgen will, wird sie Machtmittel brauchen. Strafgesetze gegen diejenigen Fabrikanten, die ihre Arbeiter unnötig zu Not und Elend verdammen, um selber mehr zu verdienen, als für Verzinsung und vernünftigen Profit notwendig ist.

König Georgs Friedensrede.
König Georg von England hat in einer Ansprache an Vertreter der englischen Kolonie in Berlin erklärt, die Aufrechterhaltung des Friedens sei sein inziger Wunsch, wie sie das Hauptbestreben und Lebensziel seines teuren Vaters gewesen. Die Meinungen über Ziele und Inhalt des Lebens König Edwards VII. mögen auseinander gehen, und es mag mandem in dem Sinn kommen, daß die Friedensliebe des Sohnes, an der des Vaters gemessen, im Grunde doch nichts mehr als ein frommer Wunsch und eine mögliche Ausnahme habe sein könne. Wenn aber dieser angeschlagene politische Ton in ein freundliches Gedankens des Vaters ausklingt, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß den Resonanzboden der Patriotismus der aus Engländern bestehenden Zuhörerschaft gebildet hat.

Man kann wohl darauf bauen, daß es dem Britenkönig mit seiner Friedensumgebung ernst gewesen ist. Sie kann wohl auch in Zusammenhang gebracht werden mit dem immer greifbarere Form annehmenden Gerichte einer möglichen Verständigung zwischen Deutschland und England. Aber es dürfte auch erklärlich sein, falls die Friedensworte nun nicht sofort lauten Wiederhall im deutschen Volke finden sollten.

Feuersicherheit der Schulen in Amerika.
Aufsichend wenig Aufmerksamkeit wird, nach einem Bericht des Bundesbüros für Erziehungsweesen, in der Gesetzgebung der Staaten der Feuersicherheit der Schulen geschenkt. Trotz der Gefahr, die der Brand der Col-

linwood-Schule entfiel, und trotz der Fortschritte in der Schulbau-Architektur die Gebäude ermöglicht, die künstlerisch schön und dabei völlig feuer-sicher sind, fahren doch die Städte und Fieden fast in jedem Teil der Staaten fort, „Pfefferküchen-Schulhäuser und Feuerfallen“ zu bauen, die eine fortgesetzte Gefährdung der Leben der Schulkinder bedeuten“, so heißt es in dem Bericht.

Ohio ist einer der Staaten, die ein wirkliches Kontrollsystem für die Sicherheit der Schulbauten eingeführt haben. Auch Massachusetts und Kansas sind hier zu nennen. In Ohio sorgt ein Korps von Inspektoren für die Sicherheit wenigstens der Neubauten. Reuzeugen Staaten schreiben vor, daß die Pläne für Neubauten von Schulen von der Staatsbehörde gut-gegehen werden müssen. Zwölf machen das Anbringen von Feuertreppen zur Vorschrift. Siebzehn Staaten haben gar keine Gesetze über Vorkerungen gegen Schulbrände, und zwar: Arkansas, Florida, Georgia, Idaho, Illinois, Kentucky, Mississippi, Missouri, Nebraska, Nevada, Neu-Mexiko, Oklahoma, Oregon, Tennessee, Texas, Wisconsin und Wyoming.

„Insurance Engineering“ veröffentlichte eine lange Liste derjenigen Ortschaften, in denen große Feuersgefahr für Schulen besteht, ebenso eine Aufstellung über die Brände in Schulen während der letzten 15 Monate, und eine dritte mit Angabe der Städte, die in diese Jahre Schulneubauten vornahmen. In einem Monat dieses Jahres waren das 238 Neubauten, aber nur 22 davon enthalten in den Spezifikationen die Forderung, daß sie feuer-sicher sein müssen. Es ist augenscheinlich in dieser Richtung noch sehr viel zu tun.

Merkwürdiges Beruhigungsmittel.
Auf einmal ist wieder alles eitel Friede und Freundschaft mit Japan. Gestern noch war Japans nationale Ehre gekränkt durch Californiens Land-gesetzgebung, und die Kriegswolken zogen am Horizont einher. Heute sind die japanischen Staatsmänner beruhigt, seit unser Staats-Departement ihnen die Staatsföderalität innerhalb der Bundesföderalität erklärt hat.

Das Erfaulichte ist die Navität dieser Angabe. Man fragt sich, womit sich eigentlich die berühmten Kundigen der Westpolitik beschäftigen, wenn sie nicht einmal in den Bottschaften und auswärtigen Amtlern die Grundrechte derjenigen großen Nationen kennen, mit denen sie seit Jahr-gehten in engem Verkehr stehen. Man sollte meinen, daß jeder jüngste Aktze einer Bottschaft in Wash-ington, schon ehe er dahin käme, darüber informiert sein müßte, daß die Staaten der Union in inneren Angelegenheiten souverän sind und in Streit-fragen nur beschränkt werden durch die Entscheidungen der Bundesgerichte. Wenn diese Aufklärung in Japan so beruhigend gewirkt hat, wie jetzt behauptet wird, so hätten die dortigen Staatsmänner das schöne Gefühl der Beruhigung schon lange haben können.

Ein echtes Verbüderungsfest.
Senator O'Sorman von New York hat im Kongreß eine Bill einge-reicht, welche die Verteilung von Erinnerungsmedaillen an die 50,000 über-lebenden Unions- und konföderierten Veteranen der Schlacht von Gettysburg bei der in der ersten Juliwocde auf dem Schlachtfelde stattfindenden 50-jährigen Gedenkfeier verfügt. Nichts könnte die Neuvereinigung des Nordens und Südens besser veranlassendlichen. Leider aber giebt es auch heute noch alte Kampfahne, die nicht wissen, daß der Krieg schon nahezu 50 Jahre vorbei ist, und die immer noch das blutige Gend schwingen. Haben doch Veteranen der Unions-Armee gegen die Entfaltung der konföderierten-Flagge bei der bevorstehenden Gedenkfeier protestiert. Wir wollen anlässlich des 100. Gedenktages des Friedensschlusses von Geni ein Verbüderungsfest mit den Engländern feiern. Wie viel mehr Urf. ge ist doch vorhanden für ein echtes Verbüderungsfest zwischen den „Mauen“ und den „Grauen“, die sich vor 50 Jahren bei Gettysburg in blutigem Ringen gegenüberstanden, da ihr Ringen die Entscheidungsschlacht des Krieges war, durch die die Es-kaltung der Union gesichert wurde!

Aus Council Bluffs.
— Sheriff Lindsey ernannte vier Würger mit dem Auftrag, den Sach-schaden, welchen der Mob letzte Woche an den verschiedenen Ge-schäftshäusern am Broadway und der Pearl Straße anrichtete, abzu-schätzen.

— George Tompkins, ein wahnsinniger Fering von einem Prohi-bitionen, der seinen Wohnort an Omburg, Ia., angiebt, hat ein Ge-such beim Distriktsgericht einge-reicht, in dem er die Schließung der Wirtschaft in 1512 Sechste Straße verlangt, indem dieselbe ein Ge-meinlichkeits sei.

— P. W. Cramer, der Nachsch-Verwalter des verstorbenen John Sullivan von McClelland, hat seinen Bericht über das vorgefundene Ver-mögen dem Gericht übergeben. Es ergibt sich daraus, daß der ganze Nachsch in einem Haus und Bou-play in McClelland besteht. Vier unmiündige Kinder sind die Erben.

— Der Streik der Stadtverwalder der Northwestern Bahn ist noch un-entchieden. Die Streiker weigern sich zur Arbeit zurückzuführen, ehe ihnen die Zulage von 20 Prozent am Lohn bewilligt wird.

— Kollie H. Debaule, ein minder-jähriger Anabe, hatte ein Motorrad auf Abschlagszahlung von S. M. Williams und C. Baum gekauft. Als er \$45 anbezahlt hatte, gab er das Rad an die Verkäufer zurück und verklagte dieselben auf Rück-zahlung der \$45 nebst Zinsen un-ter der Angabe, daß er minderjäh-rig sei. Die Verklagten brachten einen Gegenrechnung von \$50 ein für den Gebrauch des Rades. Die Klage wurde vor Richter Wheeler verhandelt und von der Jury zu Gunsten des Klägers entschieden. Die Rechnung der Verklagten im Betrage von \$50 für den Gebrauch des Motorrades wurde von der Jury gar nicht beachtet. Derartige Ent-scheidungen sind zu beklagen, denn sie müssen eine verberbliche Rechts-anschauung bei der heranwachsenden Jugend erzeugen.

— Fritz Hoffmann, R.F.D. No. 4, erhielt von den Beamten der Great Western Bahn eine goldene Uhr zum Zeichen als Anerkennung für das Verdienst, die Verletzung der Pfahl-trübe an der Kreuzung der „White Pole Road“ durch den Wilderstrom

am Dienstag rechtzeitig den Bahnschleusen mitgeteilt zu haben. Götthe Hoffmann die Mitteilung nicht so zeitig gemacht, würde wahr-scheinlich der Schnellzug, der eine halbe Stunde später fällt war, ja-ne ein Fruchtzug in die Tiefe ge-schürzt und viele Menschenleben ge-epfert worden sein.

— Nach einem Bericht des Clerks für Steuerkollektion an Motor-fahrzeugen sind bis jetzt über \$500,000 an Lizenzgebühren im Staate eingegangen. Wenn die nächsten 7 Monate des Jahres das gleiche Resultat zeitigen sollten, dann kann der Staat sich nicht be-klagen. Es sind bis jetzt 48,911 Automobile und 6000 Motorzwei-räder registriert mit etlichen 1000 Applikationen noch ausstehend.

Verlangt—Deutsches Mädchen als Köchin für einfache deutsche Köst. Frau M. Dougherty, 432 Süd 39. Straße; Tel. Kearney 55. 3-7

Verlangt—Zwei deutsche Haushäl-terinnen, \$5 die Woche.—Mann und Frau als Köchin und Haus-mann, \$50 den Monat, und ein deutscher Schlichter, \$12.50 bis \$15 die Woche. Nachfragen bei Mar-tin, 1423 Capital Ave., Telephon Douglas 2357.

Verlangt—Ein deutsches Kinder-mädchen, das Englisch sprechen kann. Nachfragen 2210 Webster Straße. 3-5

Gesucht—Ein oder zwei Arbeiter in Peterer's Grünhaus, 3007 So. 15. St., Omaha, Neb. 3-6

Näherinnen für Pelzrode verlangt bei der National Fur & Tanning Co., 1925 Süd. 13. Straße, Omaha. 3-6

Automobile zu verkaufen. Ford's, Duesenobiles, Overlands, alle Sorten gebrauchte Autos bil-ig zu verkaufen. Schreibt wegen Preis und Preise. Wir machen beste Reparaturen in der bestausgestatteten Werkstatt westlich von Chicago. Ga-rantieren unsere Casting Wulding. Fragt nach Kosten. Scates Motor Car Co., 1415 Dodge Straße, Omaha, Neb.

Wundervolle Werthe in Sommer-Anzügen
\$10 bis \$25

Wenn wir diese Anzüge als die besten Werthe in Omaha erklären, thun wir dies in dem Bewußtsein, daß jeder, der diese Behauptung unter-sucht, die Vorzüglichkeit unserer Anzüge so aus-gesprochen finden wird, die Ersparnisse so ent-schieden, daß er sich wundert, warum wir davon absehen, sie den Omahaern als eine große Spe-zialität zu offerieren. Dies ist ein gewöhnliches Ladenprinzip. Sie sind nur reguläre Werthe bei uns, und wir verkaufen sie als solche.



OMAHA'S ONLY MODERN CLOTHING STORE
KING-PECK CO.
"HOME OF QUALITY CLOTHES"
16th AT HOWARD

Früher KING-SWANSON CO.

Unser neues Lokal—113 Süd. 16. Straße
ED. S. DYBALL
Fabrikanten von
Hochgradigen Candies und Ice Cream

Post- und Telephone-Bestellungen
prompt ausgeführt
Telephone Douglas 1416 - - - OMAHA, NEB.

Besteht **KUENNE'S** deutsche Ras-see-Kuchen und deutsche Semmeln

Wenn Ihr im Geschäftstheile Einkäufe bestelt, tretet bei Kuenne's für Euren Lunch ein. — Schicht-Kuchen reduziert von 35c auf 25c.

504 süd. 16. Strasse, Omaha Nebraska

Leon's '2 Hüte (Vom Fabrikanten an den Mann, der ihn trägt.
315 Süd. 16. Strasse OMAHA

DRS. MACH & MACH
Zahnärzte
Rachgeber BAILEY & MACH

Bei ausgefallener jährlüchle Office im mit-leren Westen. Hochgradige Arbeit zu mäßigen Preisen. Vorgeantanzung gerade wie die Na-hne. Alle Instrumente sorgfältig sterilisiert nach der Behandlung des Patienten.

16. und Farnam Straße
3. Stock Bayton Bldg.

SPEZIAL-VERKAUF VON UHREN UND DIAMANTEN
30 Jahre Garantie
LINDSAY, THE JEWELER
221 1/2 Süd. 16. Straße

Storck's Triumph BEER
THEY SAY IT IS THE BEST

Zu verkaufen—Die neueste Ausgabe von Webster's New International Dictionary, das anerkannt Standard-Wörterbuch der englischen Sprache. Ganz neu und unbenutzt. Ladenpreis \$12, mein Preis \$8.00. Man schreibe an „Dictionary“, Omaha Tribune. 3-5

Das preiswürdigste Essen bei Peter Rump. Deutsche Küche, 1508 Lodge Straße, 2. Stock. Mahlzeiten 25 Cents. 3-6

Zu verkaufen—Ein Wohnhaus mit 9 Zimmern, Heißwasserheiz-ung, Gas und elektrisches Licht, moderne Einrichtung, billig zu ver-kaufen beim Eigentümer, 1516 Martha Straße, Omaha. 3-6

\$2000 kaufen 100 Aker feines Farmland in Lincoln County, Colorado. Werth \$2700. Behin-gungen: Die Hälfte baar, und den Rest zu 6 Prozent Zinsen auf Tange-heit. S. C. o. Omaha Tribune, Omaha, Neb. 3-6

Alle Sorten Wurst werden täglich in unserem Geschäft gemacht. Frische und konservierte Fleischsorten sowie ausländische und heimische Delikatessen, auch frische Gemüse jederzeit vorrätig. — Schreiber & Hoffman, 408 nordl. 10. Straße, Phone Douglas 1420.

Patentanwalt.
D. E. Sturges, Patentanwalt, 646 Brandeis Bazaar Bldg., Phone. D. 8469.
Richard Eddy, Patent, 1530 City National Bank Building, Tel. Ruler 1539; Ind. A-1864.
Deutsche Kalender frei bei Verant- & Son, Druggisten, 1403 Südliche 16. Straße. Tel. Douglas 3350.